



Silvana Koch-Mehrin sprach in der Volksbank in Calw zum Thema »Quo vadis - Europa«.

Landwirte fühlen sich von vielen EU-Vorgaben erdrückt

FDP-Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin zu Besuch in Würzbach / Für Betriebe geht es ums Überleben

Oberreichenbach-Würzbach/Calw. Die Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin (FDP) machte während ihrer Tour durch Baden-Württemberg im Kreis Calw Station. Zunächst stand ein Besuch auf dem Hof von Landwirt Hans-Jochen Burkhardt in Würzbach auf dem Programm, bevor sie in der Calwer Volksbank zum Thema »Quo vadis - Europa« sprach.

Mit dem Besuch von Koch-Mehrin im landwirtschaftlichen Betrieb von Burkhardt, Vorsitzender des Kreis-

bauernverbands, erfüllte Landtagsabgeordnete Beate Fauser einen lange gehegten Wunsch der Kreisbauernschaft.

»Wir wollen zeigen, wie es bei uns vor Ort aussieht«, so Burkhardt, der ebenso wie der Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes, Karl-Friedrich Günther, eindringlich darauf hinwies, dass es für viele Betriebe ums Überleben geht. Sie machten auf die Last durch ständig neue Verordnungen und die Tatsache, dass die Voraussetzungen je nach

Geografie und Bodenbeschaffenheit für die Landwirte in Deutschland sehr unterschiedlich sind, aufmerksam. »Die Europapolitik hat immensen Einfluss auf die Landwirte«, sagte Burkhardt, der als Beispiele neue Auflagen für Schlachtbetriebe und das Milchkontingent anführte.

Fauser wurde darauf hingewiesen, dass das Land die Vorgaben der EU nicht einfach ein zu eins umsetzt, sondern meist eine 200-prozentige Umsetzung ausarbeite. Koch-Mehrin betonte, dass

die FDP in der EU auf eine so genannte Konkordanz-Tabelle drängt, aus der ersichtlich werde, wer letztlich für eine neue Verordnung oder ein neues Gesetz auf Länderebene verantwortlich sei.

Sowohl bei den Landwirten als auch bei ihrem Referat in der Volksbank kam Koch-Mehrin auf den Lissabon-Vertrag zu sprechen: »Der Vertrag stärkt das Mitspracherecht des demokratisch gewählten Parlaments und den Einfluss der nationalen Parlamente.« Viele Entscheidungen

auf Europa-Ebene würden von der Europäischen Kommission vorbereitet und auch getroffen.

Mit dem Lissabon-Vertrag würde sich das Machtverhältnis zugunsten des Parlaments verschieben. Nach ihrer Ablehnung durch einen Volksentscheid sollen die Iren nun bis Oktober einen neuen Vorschlag machen. Wenn bis dahin nichts passiert sei, werde der derzeitige EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy bis Dezember einen Vorschlag unterbreiten.